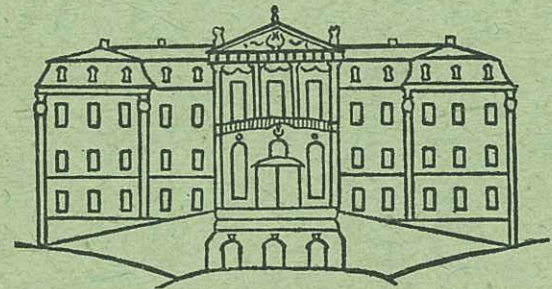


Hefte aus Burgscheidungen

Dr. habil. Ilse Berfinetti

**Christen geben ihr Bestes für die  
sozialistische Gemeinschaft**



205

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

---

Dr. habil. Ilse Bertinetti

**Christen geben ihr Bestes für die  
sozialistische Gemeinschaft**

1977

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

**Der Christ in der Gemeinschaft –  
seine grundsätzliche Einstellung zur Arbeit**

In der Deutschen Demokratischen Republik haben Christen ihren festen Platz innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft aller Werktätigen. Gemeinschaft in diesem Sinne ist keine Fiktion und kein erst in einer fernen Zukunft zu verwirklichendes Ideal, sondern etwas real Vorhandenes, ein Faktum, das durch die gesellschaftlichen Verhältnisse eindeutig bestimmt ist und das sich im Prozeß der fortschreitenden Entwicklung zum Kommunismus hin vervollkommnet.

Der Tendenz nach sind bei uns Gemeinschaft und Gesellschaft schon nahezu identische Begriffe, weil das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die sozialistische Produktionsweise diese Einheit objektiv ermöglichen. Nachdem es infolge der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen keine antagonistischen Klassengegensätze mehr gibt, vollzieht sich unter der Führung der Arbeiterklasse als der Vertreterin der Grundinteressen aller sozialen Klassen und Schichten die allmähliche Herausbildung der moralisch-politischen Einheit des Volkes der Deutschen Demokratischen Republik.

Bestimmend in diesem Prozeß ist die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, mit der eine qualitativ neue Wertung der Arbeit und des arbeitenden Menschen eng verbunden ist und die hinsichtlich ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ständig an Bedeutung und an Umfang zunimmt.

Wenn wir davon sprechen, daß die Christen heute voll in die sozialistische Gesellschaft integriert sind und daß das auch gar nicht anders sein kann, weil der sozialistische Staat jeden einzelnen braucht, dann beruht diese Feststellung nicht zuletzt auf den Erfahrungen einer nun schon jahrzehntelangen Kooperation von Marxisten und Christen beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die bestehenden weltanschaulichen Unterschiede sind dabei durchaus zweitrangig. Schon die Klassiker des Marxismus-Leninismus und auch Ernst Thälmann forderten, in Fragen der Kampfgemeinschaft für die Interessen des arbeitenden Volkes gegen den Klassenfeind solche Verschiedenheiten zurückzustellen.

Im Programm der Sozialistischen Einheitspartei heißt es im Hinblick auf die politische Organisation der entwickelten sozialistischen Gesellschaft: „Der sozialistische Staat garantiert allen Bürgern die politischen Freiheiten und sozialen Rechte: das Recht auf Arbeit, auf Erholung, auf unentgeltliche Bildung und Schutz der Gesundheit, auf die materielle Sicherheit im Alter und im Falle von Krankheit oder bei Verlust der Arbeitsfähigkeit; die Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von rassischer und nationaler Zugehörigkeit, von Weltanschauung, religiösem Bekenntnis und sozialer Stellung.“<sup>1</sup>

Es ist ein charakteristisches Merkmal der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, daß sie immer mehr zu einer festen Gemeinschaft wird, in der alle ihre Glieder unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei die gleichen sozialen Rechte und politischen Freiheiten besitzen. Die sich auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsweise herausbildenden engen kameradschaftlichen Bindungen sind selbstverständlich noch nichts Fertiges, in sich Abgeschlossenes, das keiner weiteren Gestaltung mehr bedürfte. Vielmehr vollzieht sich der Prozeß der Gemeinschaftsbildung allmählich und zu immer höheren Formen mit dem Ziel, eine bewußte, das persönliche wie das gesellschaftliche Leben schöpferisch gestaltende Vereinigung allseitig gebildeter Persönlichkeiten zu schaffen.

Mit der Beseitigung der Klassenantagonismen wird die wertschaffende Lebenstätigkeit der Menschen immer mehr qualifiziert als Gemeinschaftsarbeit, die zugleich unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ein unabdingbarer Bestandteil unserer volkswirtschaftlichen Prozesse ist. Das alles ist aber nur möglich in Verbindung mit einem sich ständig weiter bildenden Bewußtsein der Werktätigen im Zusammenhang ihrer Lebensweise. Achtung vor dem sozialistischen Eigentum, Achtung vor der Arbeit des Mitmenschen und die Gestaltung menschlicher Beziehungen am Arbeitsplatz, in den Kollektiven, in der Familie und in der Sphäre aller sonstigen persönlichen und gesellschaftlichen Beziehungen sind dabei die wichtigsten der Faktoren, die zusammen genommen die ideellen Parameter der sich festigenden politisch-moralischen Einheit des Volkes darstellen.

Die schrittweise Lösung der vom VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgabe, das heißt die immer bessere Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse des Volkes wird realisiert, wenn auf der bereits vorhandenen, durch die revolu-

<sup>1</sup> Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (IX. Parteitag der SED), Berlin 1976, S. 41

tionäre Arbeiterklasse und ihre Verbündeten geschaffenen materiell-produktiven Basis alle Bürger in das große Gemeinschaftswerk einbezogen werden, das von produktiver Arbeit, bewußter gesellschaftlich-politischer Aktion und zielgerichtetem Mitdenken und Mitplanen getragen wird. In dem Abschnitt „Die sozialistische Lebensweise“ des Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird deshalb auch mit Recht die „gewissenhafte, ehrliche, gesellschaftlich nützliche Arbeit“ als das „Herzstück der sozialistischen Lebensweise“ bezeichnet.<sup>2</sup>

Wenn die Christlich-Demokratische Union Deutschlands von ihren Mitgliedern fordert, ihr Bestes für die sozialistische Gemeinschaft zu geben, und gleichzeitig auch parteilose Christen aller Konfessionen dazu aufruft, so heißt dies praktisch, daß die Christen in der materiellen und geistigen Produktion, in den vielfältigen mitmenschlichen Beziehungen sich entsprechend ihren ethischen Grundsätzen als selbstlos und uneigennützig arbeitende Menschen bewähren sollen.

Daß wir die produktive Arbeit bei dieser Betrachtung in den Mittelpunkt stellen und daß wir ihr gleichsam eine Schlüsselstellung bei der vollen Integration von Christen in die Gesellschaft zuschreiben, hat seinen Grund einmal in der objektiven Gesetzmäßigkeit des gesellschaftlichen Prozesses, der ohne die produktive Tätigkeit des Menschen undenkbar ist, zum anderen aber auch in der den objektiven Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechenden christlichen Grundanschauung über die Arbeit. Es ist dies eine Einstellung, die bereits aus den ersten Anfängen der Christenheit stammt und ihren Niederschlag in den Ermahnungen des Apostels Paulus gegenüber den von ihm betreuten Christengemeinden der ersten und zweiten Generation gefunden hat.<sup>3</sup>

Arbeit und ethisches Verhalten stehen für Christen wie für Marxisten-Leninisten in einem unlösbaren Zusammenhang. Nach der marxistisch-leninistischen Erkenntnis ist Arbeit die zweckgerichtete, bewußte Tätigkeit des Menschen, durch die er mit Hilfe von (selbstgeschaffenen) Arbeitsmitteln die ihn umgebende Natur verändert und sie seinen Zwecken dienstbar macht. Arbeit in diesem Sinne wird folglich als ein Prozeß verstanden, der sich zwischen dem Menschen und der ihn umgebenden Natur abspielt und in dem der tätige Mensch die äußere Natur außerhalb seiner selbst nicht nur verändernd gestaltet, sondern in dem diese seine Tätigkeit auch auf ihn selbst zu-

<sup>2</sup> a. a. O., S. 54

<sup>3</sup> vgl. Eph. 4, 28; 1. Thess. 3, 11; 2. Thess. 4, 10-12

rückwirkt und er sich selbst dabei (in vorwärtsgerichteter Tendenz) verändert.<sup>4</sup>

Verfolgt man die Menschheitsgeschichte, so wird deutlich, daß die Arbeit in sämtlichen Gesellschaftsformen die menschliche Existenzbedingung, ja sogar „die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens“ ist, „und zwar in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinn sagen müssen: sie hat den Menschen selbst geschaffen“.<sup>5</sup>

Natürlich ergibt sich daraus folgerichtig, daß zufolge der Art und Weise, wie die Menschen arbeiten, wie sie die sie umgebende äußere Natur gestalten, wie sie sich selbst und ihr eigenes Leben verändern, auch ihre individuellen Lebensgewohnheiten, ihre gesellschaftlichen Konventionen, kurz alles das, was wir in einem umfassenden Verständnis die „Lebensweise“ nennen, weiterentwickelt, verändert wird. Das geschieht in den aufeinanderfolgenden Gesellschaftsformationen auf je verschiedene Weise.

Im Kapitalismus sind es die spezifischen Merkmale der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die den Charakter der Arbeit und damit die Lebensweise der produzierenden Menschen bestimmen: das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln und die damit verbundenen Produktionsverhältnisse. Die unmittelbar mit der Produktion befaßten, werktätigen Menschen sind vom Produkt ihrer Arbeit und von dieser selbst „entfremdet“. Sie sind Arbeitsklaven, die ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten als „Ware“ verkaufen müssen, um nur den Anteil des von ihnen geschaffenen Gesamtwertes zurückerstatet zu erhalten, der zur Reproduktion eben dieser zur „Ware“ gewordenen Arbeitskraft erforderlich ist.

Im Sozialismus ist die von Ausbeutung freie, auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den wesentlichsten Produktionsmitteln beruhende Arbeit unmittelbar gesellschaftliche Arbeit. Sie wird von wahrhaft freien Produzenten verrichtet, die den Arbeitslohn nach ihrer Leistung erhalten und darüber hinaus — beispielsweise über die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds — auch in den Genuß des geschaffenen Mehrprodukts gelangen.

In allen vorangegangenen Gesellschaftssystemen, besonders im Kapitalismus, sind die mitmenschlichen Relationen empfindlich gestört durch die kapitalistische Aneignung fremder Arbeit. Der Konkurrenzkampf zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel als das eigentliche *movens agens* des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die weitgehende Rechtlosigkeit der Produzenten, ihre Abhängigkeit von der Willkür

<sup>4</sup> vgl. Marx/Engels, Werke, Bd. 23, S. 192

<sup>5</sup> a. a. O., Bd. 20, S. 444

der Unternehmer sind die typischen Kennzeichen dieser Ordnung.

Dagegen gilt für den Sozialismus, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse die Zusammenarbeit aller Produzenten und die gegenseitige Hilfe im Arbeitsprozeß sowie auch im Zusammenleben der Menschen bedingen.<sup>6</sup> Die neuen Stimulantien, die zu einer sachdienlichen, den Fortschritt fördernden und den gesellschaftlichen Reichtum mehrenden Arbeitsweise führen, sind jetzt der uneigennütige Wettstreit (Wettbewerb) und eine (relativ) gerechte Entlohnung nach dem Leistungsprinzip, die später einmal — im Kommunismus — durch die Verteilung nach den Bedürfnissen abgelöst werden wird. Die im Sozialismus das Arbeitsleben beherrschenden Axiome der gegenseitigen Hilfe, der Uneigennützigkeit und Ehrlichkeit erlangen eine Bedeutung, die weit über die produktive Sphäre hinausreicht und den Bereich des Ethisch-Moralischen berührt. Es ergibt sich aus der Natur der Sache, daß wir im Sozialismus eine Unterscheidung von Sozial- und Individualethik ebenso wie eine gesonderte Ethik für die „gehobeneren“ Klassen gegenüber einer Untertanenmoral für die von ihnen abhängigen Klassen und Schichten nicht nur ablehnen, sondern auch faktisch nicht benötigen. Immer wichtiger wird statt dessen die Herausformung einer für alle verbindlichen Gemeinschaftsethik, die darauf gerichtet ist, die Interessen des einzelnen harmonisch mit denen der Gesamtheit zu verbinden.

In der Geschichte der Moral und Ethik war das nicht immer der Fall; es entspricht jedoch zutiefst den wahren Grundzügen einer christlichen Ethik bzw. der christlichen Lebensauffassung, die sich in den vorangegangenen Klassenordnungen nicht durchsetzen ließ bzw. immer nur partiell und auch dann oft im eklatanten Widerspruch zu den Repräsentanten der bestehenden Ordnung praktiziert werden konnte.

Heute können wir für unsere Gesellschaft feststellen: Die christliche Ethik steht mit ihrer Förderung der Nächstenliebe und der Uneigennützigkeit im Einklang mit der Ethikauffassung der Gesellschaft. Im Prinzip ist der für jede Ausbeuterordnung typische Dissensus zwischen dem von den Christen auf Grund des biblischen Zeugnisses geforderten Gemeinschaftsverhalten der Menschen untereinander und den Axiomen der Gesellschaft aufgehoben.

<sup>6</sup> vgl. Kleines politisches Wörterbuch, Berlin 1973, Art. „sozialistische Gemeinschaftsarbeit“: „Die s. G. unterscheidet sich grundsätzlich vom kapitalistischen ‚team work‘, das auf kapitalistischen Produktionsverhältnissen beruht und dem Streben der Kapitalisten nach größeren Profiten durch verschärfte Ausbeutung der Werktätigen entspricht.“ (a. a. O., S. 779)

Dies mag noch einmal erhärtet werden an einem kurzen Aufriß, der exemplarisch den Bedeutungswandel der menschlichen Arbeit im Denken der Menschen zeigt. Die Auffassungen der Menschen über Sinn, Charakter und moralischen Wert der Arbeit (als materieller und geistiger Produktion) haben selbstredend im Verlauf der Geschichte eine ständige Veränderung erfahren.

So haben beispielsweise in der Sklavenhalterordnung die Philosophen nicht in gleicher Weise über Wert und Unwert eines arbeitsamen Lebens gedacht wie in späteren Epochen. Arbeit wurde von ihnen in der Regel als manuelle Arbeit, die den Sklaven (als den „Unfreien“) vorbehalten war, verstanden, während geistige Tätigkeit als Vorrecht der besitzenden Klassen oder privilegierter Personen galt. Erst im Zeitalter der Aufklärung wurde die Arbeit mehr und mehr Gegenstand philosophisch-ethischer Reflexionen.

In der klassischen bürgerlichen Philosophie spielte der Gedanke der Arbeit als geschichtsbildenden Faktors (Herder) und als moralischer Pflicht des Individuums (Fichte) schon eine bedeutendere Rolle.<sup>7</sup> Vor allem Hegel war es, der trotz der idealistischen Begrenztheit seiner Position den Charakter der Arbeit als eines wesentlichen Faktors im Hinblick auf die Persönlichkeitsbildung und als tragendes Moment im staats-erhaltenden Sinne erkannte.<sup>8</sup>

Daß Arbeit und Menschsein eng zusammengehören, ist andererseits eine uralte Menschheitserfahrung, die in Mythen und stammesgeschichtlichen Aufzeichnungen der Völker ihren Niederschlag fand. Die Bibel geht – im Gegensatz etwa zu der Staatstheorie des griechischen Philosophen Plato – nicht von einer Herrenmoral aus, die sich in ihren Voraussetzungen von der Unterordnungspflicht der Unfreien abhebt, sondern vom arbeitsamen Leben. So heißt es beispielsweise in 1. Mose 2, 15: „Und Gott der Herr nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, daß er ihn bebauete und bewahrte.“ Hier verbindet sich mit dem Gedanken an den Anfang des Menschseins nicht die Vorstellung von einem arbeitsfreien, paradiesischen Urzustand (wie es in oberflächlicher Be-

trachtungweise manchmal dem christlichen Glauben unterstellt wird), sondern das geschöpfliche Leben der Menschen beginnt mit dem Auftrag des Schöpfers zur Arbeit.

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben herausgearbeitet, daß die produktive Tätigkeit des Menschen den Anfang des Menschseins überhaupt setzt. Mit der Herausbildung des Privateigentums an den Produktionsmitteln begann jedoch eine ungleichmäßige Entwicklung, in der sich die herrschenden Klassen und Schichten die Arbeit der von ihnen abhängigen Individuen widerrechtlich aneigneten, was dann eine unnatürliche (man könnte auch sagen: unmenschliche) Differenziertheit der Lebensweise innerhalb einer Bevölkerung nach sich zog.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben in der Zeit des Staatskirchentums die offiziellen Vertreter der christlichen Kirchen gegen die biblische Grundauffassung gehandelt, indem sie mit Hilfe der Theologie und der kirchlichen Institutionen diese Ungleichheit unterstützten und möglicherweise noch verklärten. Selbst die – für sich genommen christliche – Regel der Benediktiner „ora et labora“ (bete und arbeite), die von der asketischen Auffassung der vita passiva zum tätigen Leben hinlenken wollte, konnte leicht zugunsten der herrschenden Klassen ausgelegt und angewandt werden, indem man sie zur Richtschnur und Lebensregel der von den Besitzenden abhängigen, für ihren Lebensunterhalt schwer arbeitenden Klassen und Schichten erhob.

Im Prinzip hat die christliche Ethik durch die Jahrhunderte hindurch wenig unternommen, um eine Rückbesinnung auf das biblische Ethos des arbeitsamen Lebens für alle zu vollziehen. Soweit sie sich überhaupt mit dieser Frage befaßte, war das Ergebnis eine Untertanenmoral, die Fleiß und Berufstreue (sog. lutherisches Berufsethos) pries, um die bestehenden Klassenverhältnisse zu erhalten und zu stabilisieren. Die in der Bibel vorfindlichen Stellen, die sich für ein Arbeitsethos in Anspruch nehmen lassen, wurden ohne Berücksichtigung des jeweiligen geschichtlichen Hintergrundes und des Kontextes als strenge Postulate angewandt: „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“ (2. Thess. 3, 10). Damit konnte sich in frühkapitalistischer Zeit ein „Arbeitgeber“ aller sozialen Pflichten entledigen, die ihm (etwa einem Gutsbesitzer dem Landarbeiter gegenüber) beispielsweise im Fall vorzeitiger Invalidität von Werkträgern erwachsen.

Wenn man die Stellung der Bibel zur Arbeit richtig analysieren will, muß man den Bezugsrahmen sehr weit spannen. Man muß beispielsweise in Betracht ziehen, daß die Einhaltung des Ruhetages ebenso zu den göttlichen Geboten zählt wie das

<sup>7</sup> vgl. Philosophisches Wörterbuch, hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr, 10. Auflage, Leipzig 1974, Art. „Arbeit“ (a. a. O., Bd. I, S. 111–114)

<sup>8</sup> „Zwar zeigt sich die Beschränktheit des bürgerlichen Standpunktes in allen Aussagen (Hegels – I. B.), das vermag jedoch nicht die hier enthaltene objektive Wahrheit zu verdecken: Entwicklung der Persönlichkeit ist ein Prozeß, in dem die praktische Tätigkeit des Menschen in der Arbeit, seine Aktivität als Staatsbürger und die Entwicklung seiner Moralität eine untrennbare Einheit darstellen“, so Hinrich Römer in seiner Arbeit „Im Anfang war die Tat. Hegel über das tätige Individuum und die Dialektik der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung“. In: Humboldt-Universität, 15. Jg. 1970/71, Nr. 8/9, S. 5.

tätige Leben. Im allgemeinen wird man sagen können, daß Arbeit bei den Israeliten als etwas Selbstverständliches, zum menschlichen Leben Gehöriges angesehen wurde (davon künden unter anderem die Psalmen!), daß aber andererseits schon ein konkreter sozialer Zug in der Fixierung des Feiertagsgebots als einer Pflicht für den Hausvater, auch seine Arbeiter ruhen zu lassen (vgl. 2. Mose 19, 9–11; 5. Mose 5, 13–15), in Erscheinung tritt, den später die christliche Kirche nicht immer genügend in Betracht gezogen hat.

L u t h e r hat verdienstvollerweise das tätige Leben gegenüber dem mönchischen Ideal der Kontemplation und der Weltentsagung gepriesen; aber die verhängnisvollen Konsequenzen des späten Luthertums bestanden in einem abstrakten, die sozialen Verhältnisse nicht berücksichtigenden Berufs- und Arbeitsethos. Konkret gesprochen: Es kann innerhalb einer Ausbeuterordnung unter Umständen auch für den Christen „ethischer“ sein, die Arbeit niederzulegen und in geschlossener Solidarität zu streiken, als aus einem absolut verstandenen christlichen Arbeitsethos heraus zum Streikbrecher zu werden.

Einer der wenigen Theologen, die in neuerer Zeit versucht haben, die christliche Ethik hinsichtlich ihrer Stellungnahme zur Arbeit kritisch zu untersuchen und neue Ansätze im Hinblick auf den Grundcharakter unserer Epoche zu wagen, war Emil F u c h s. Er sagte: „Gewaltig steht über den Schicksalen der Menschheit der Ruf zu der Aufgabe, die Arbeitsorganisation und die gesamte Gesellschaft so zu gestalten, daß das Bewußtsein des Füreinander, des Zusammengehörens bestimmend wird.“<sup>9</sup> Hier werden Arbeit und Ethik einander eng zugeordnet, und zwar dergestalt, daß die Arbeitsorganisation (in einem umfassenden, die gesellschaftliche Struktur mitberücksichtigenden Sinne) als der ein mögliches Für- und Miteinander bestimmende Faktor erscheint.

Daß die unabdingbare Voraussetzung dafür der Sozialismus mit seiner die zum Egoismus führende Eigentumsordnung des Kapitalismus ablösenden Neuordnung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, vor allem aber der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln (Arbeitsmittel und -gegenstände) ist, haben wir einleitend festgestellt und werden dies im folgenden näher begründen.

<sup>9</sup> Emil Fuchs, Christliche und marxistische Ethik, II. Teil, Leipzig 1956, S. 33. – Fuchs schreibt (dasselbst und f.) auch: „Karl Marx hat Menschen geweckt zu sehen, wie zerbrochen der ausgebeutete Mensch ist. Er hat diesen Menschen das Ziel gegeben, ihr Leben durch Kampf, Arbeit, Leid und Not hindurch für die Zukunft zu gewinnen. – Wieviel herrlicher müßte es sein, wenn wir als Christen dies erkennen und uns dafür einsetzen würden...“

## Die Christen und die Anforderungen der Arbeit, Moral und Lebensweise im Sozialismus/Kommunismus

Nachdem erstmals unter den Bedingungen der Überführung der Produktionsmittel in die Hände des Volkes die Arbeit ihren ausbeuterischen Charakter verloren hat, ist der Mensch von den Produkten seiner Tätigkeit nicht mehr „entfremdet“. In diesem Stadium des historischen Progressus entwickelt sich die Hauptproduktivkraft Mensch – ungehindert durch Unternehmerinteressen – ständig weiter, und im gleichen Maße werden die Voraussetzungen für den Arbeitsvorgang vervollkommen.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel (bei gleichzeitiger Beherrschung der Produktionsvorgänge durch die Produzenten) erzeugt auch qualitativ veränderte Beziehungen der arbeitenden Menschen untereinander. Indem die Produzenten jetzt unmittelbar selbst über ihr Produkt bestimmen können, sind sie frei von Unternehmerwillkür und Existenzangst. Erst jetzt kann sich die menschliche Persönlichkeit, kann sich jede Individualität frei entfalten. Jeder arbeitende Mensch kann vorhandene Begabungen entwickeln, zum Wohle des Ganzen wirken und entsprechend entlohnt und anerkannt werden.

Der sowjetische Soziologe K o n s t a n t i n o w beschreibt das neue Verhältnis von Freiheit und Persönlichkeit im Sozialismus wie folgt: „Die Persönlichkeit ist dort frei, wo sie nicht nur als Mittel zur Verwirklichung gesellschaftlicher Ziele, sondern vornehmlich als Selbstzweck der Gesellschaft gilt.“ Dieses Ideal ist nicht – wie es vielleicht auf den ersten Blick erscheinen möchte – unerreichbar, sondern wird Schritt um Schritt in dem Maße realisiert, wie sich die sozialistische Gesellschaft weiter auf dem Wege zum Kommunismus entwickelt. Dazu sagt Konstantinow: „Der Kommunismus ist eine Gesellschaft, in der erstmalig das Prinzip Wirklichkeit wird, nach dem ‚die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist‘.“<sup>10</sup>

Eine solche freie Entwicklung aller Individuen zu ausgeprägten, reifen und ihre Gaben voll ausschöpfenden Persönlichkeiten bedeutet gleichzeitig die Differenziertheit spezifischer Interessen und Neigungen. (Konstantinow: „Nicht die Angleichung, sondern die maximale Entfaltung der Individualitäten bildet die Grundlage des kommunistischen Kollektivs.“<sup>11</sup>) Auf Grund der nichtantagonistischen Klassenstruktur wird aber diese Verschiedenheit der persönlichen Neigungen und der

<sup>10</sup> F. Konstantinow, Die Formierung der allseitig entwickelten Persönlichkeit, in: Gesellschaftswissenschaften, Nr. 4 (8) 1976, S. 41–57; Zitat a. S. 47 (Marx/Engels, Werke, Bd. 4, S. 482, zit.)

<sup>11</sup> a. a. O., S. 57

differenzierten, zuweilen an bestimmte Traditionen anknüpfenden Anschauungen in keiner Weise einen libertinistischen „Pluralismus“ in politisch-moralischer Hinsicht begünstigen.

Im Hinblick auf die Notwendigkeit, den sozialen Fortschritt entsprechend den objektiven Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft zu fördern, wird es keine Meinungsverschiedenheiten geben, wohl aber Unterschiede hinsichtlich der Motivation. Das soll keineswegs bedeuten, daß nicht auch Christen imstande wären, objektive Notwendigkeiten richtig zu erkennen und entsprechend zu handeln. Es wird aber in vielen Fällen des persönlichen Engagements von Christen für den Sozialismus so sein, daß der Christ Impulse aus seinem altruistischen, von Nächstenliebe bestimmten Gerechtigkeitsstreben erhält und daß er in doppelter Verantwortung und Bindung steht: er folgt dem göttlichen Gebot, und er erkennt zugleich, daß dessen Befolgung den sozialen Progressus vorantreibt.

Damit wird zugleich die Frage akut, wie sich die Christen in eine zum Kommunismus hin fortschreitende Gesellschaft eingliedern. Zunächst steht grundsätzlich fest, daß die Christen keine eigene soziale Schicht oder Klasse darstellen, sondern daß ihre Bindung an bestimmte Glaubensinhalte sowie ihre Anschauungen in Fragen des Bekenntnisses und Kults sowie ihre bekenntnisgebundenen Gemeinschaftsformen geschichtliche Wurzeln haben. Rein objektiv gesehen gilt für diesen gesamten Komplex das, was Konstantinow im Hinblick auf die Herausbildung eines neuen Menschentypus in den Völkern der Sowjetunion, der sich sehr langsam, aber doch mit einer gewissen Stetigkeit bildet, ausführt: „Der Mensch befreit sich zusehends von religiösen Fesseln, von verschiedenen Vorurteilen, von klassenmäßiger, nationaler und beruflicher Beschränktheit, und auch seine Auffassung der Welt, des Sinns und Zwecks menschlichen Lebens ändert sich.“<sup>12</sup>

Die axiomatische Gewißheit der Theoretiker des Marxismus-Leninismus über das Zurücktreten religiöser Bindungen („Fesseln“) ist für uns Christen kein strittiger Punkt, gegen den wir eine Polemik beginnen oder dem gegenüber wir eine Verteidigungsstellung beziehen müßten. Zwischen einer konsequent atheistischen Anschauung und dem christlichen Glauben besteht zwar eine beiderseits nicht überschreitbare Grenze, die auch nicht durch einen sogenannten „Dialog“ beseitigt werden kann, da ein solcher „Dialog“ höchstens den fragwürdigen Versuch einer Revision des Marxismus-Leninismus oder aber ein Außerkraftsetzen des Toleranzprinzips gegenüber allen Glau-

<sup>12</sup> a. a. O., S. 47

bensfragen intendieren könnte und sich daher in jedem Fall schädlich auswirken und die seit langem praktizierte, nützliche Kooperation von Christen und Marxisten behindern würde. Soweit es sich aber auf christlicher Seite um faktisch rückschrittlich wirkende, echte „religiöse Fesseln“ handelt, von denen sich die Menschen selbstverständlich nach und nach befreien (ein Prozeß, an dem progressive Christen aller Zeitalter sogar aktiv mitgearbeitet haben), können wir uns mit Konstantinow durchaus einverstanden erklären. Schließlich ist schon J e s u s selbst als Befreier von religiösen (d. h. gesetzlichen und kultischen) „Fesseln“ aufgetreten. In allen Konfessionen nehmen die Christen heute die von Christus geschenkte Freiheit der Kinder Gottes in Anspruch.

Die evangelischen Christen, um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen, können sich hierbei auf die Reformatoren berufen, die, indem sie von einer für jeden erreichbaren und verifizierbaren *iustitia civilis* (Augsburger Bekenntnis, 1530<sup>13</sup>) ausgehen, grundsätzlich die Möglichkeit der Mitgestaltung des öffentlichen Lebens durch die Christen in Betracht ziehen. Weit dezidiierter noch als Melanchthon, der Verfasser des Lehrbekenntnisses von Augsburg, hat sich Luther in seiner Schrift „Von weltlicher Obrigkeit“ (1523) dafür ausgesprochen, daß das Mitwirken der Christen in öffentlichen Ämtern als etwas völlig Normales anzusehen sei, daß man eine solche Tätigkeit aber immer unter dem Aspekt der Nächstenliebe sehen müsse: Der in einem Amt befindliche Christ soll Jesus Christus als seinen Herrn respektieren und sich vornehmen: „Also will ich . . . an meinen Untertanen nicht das Meine suchen, sondern das Ihre und will ihnen also dienen mit meinem Amt, sie schützen, anhören und verteidigen und will allein dahin regieren, daß sie davon Nutzen haben und nicht ich.“<sup>14</sup>

Sieht man davon ab, daß sowohl Luther als auch Melanchthon noch nicht imstande waren zu berücksichtigen, daß die damaligen weltlichen Regimente und ihre Über- und Unterordnungsstrukturen (Landesfürsten und Feudaladel) überholte Institutionen waren, deren rückschrittlicher Charakter auch nicht durch Ermahnung der Fürsten zum rechtlichen Tun verändert

<sup>13</sup> *Confessio Augustana* von 1530 (Augsburger Bekenntnis), lat. Fassung des Art. XVIII. Im deutschen Text ist statt von *iustitia civilis* (wiederzugeben mit „bürgerlicher Gerechtigkeit“) von „Dinge(n), welche die Vernunft begreift“, die Rede. Vgl. Die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, 5. unveränderte Auflage, Berlin 1960, S. 73

<sup>14</sup> Martin Luther, *Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei* (1523), in: *Luthers Werke in Auswahl*, hrsg. von Otto Clemen, 5. verbesserte Auflage, Bd. 2, Berlin 1959, S. 360–394; Zitat a. S. 387



wurde, so gilt doch, daß hier schon in einem ersten Ansatz die Eigengesetzlichkeit der innerweltlichen Bezüge menschlichen Handelns erkannt wurde.<sup>15</sup>

Heute sind Christen, vor allem die in sozialistischen Ländern lebenden, bereits im Besitz der richtigen Erkenntnis, daß der historische Materialismus als Bestandteil der Weltanschauung der Arbeiterklasse und ihrer Führungskräfte die innerweltlichen Zusammenhänge und historischen Gesetzmäßigkeiten richtig analysiert. Sie dringen in immer größerem Maße zu der Einsicht vor, daß der Christ die objektiven Gesetze und die sich damit auch für sein eigenes politisches Denken und Handeln ergebenden Notwendigkeiten anerkennen kann, ohne in Konflikt mit seiner Glaubenshaltung zu geraten. Die Christen wissen, daß Gott die Welt als deren Schöpfer lenkt und erhält, daß aber sein Heilswirken für uns nur in Jesus Christus, nicht jedoch in den Weltzusammenhängen, wie sie in der sichtbaren Natur und in der Gesellschaft erkennbar sind und erkannt werden, offenbar wird.

Die Christen in unserem politischen Raum leben selbstverständlich nicht konfliktlos (und zwar ebensowenig wie alle anderen Bürger), doch gehen sie hinsichtlich der wesentlichsten ethischen Axiome konform mit den Normen der sozialistischen Gesellschaft. Sie leben nicht mehr in dem Zwiespalt zwischen einem von ihnen geforderten Gehorsam gegenüber einer sogenannten Obrigkeit, die die Interessen der Ausbeuterschichten (in der Sprache der Bibel: der „Reichen“, von denen sich Jesus in vielen anschaulichen Redewendungen und Gleichnissen distanziert) vertritt, und ihrem biblisch fundierten Gerechtigkeitsempfinden.

Wie problematisch ein von einem gesetzlichen Standort her denkendes und argumentierendes Christentum werden konnte, kann man sich beispielsweise an den Interpretationsmöglichkeiten des siebenten Gebotes verdeutlichen. Das Gebot des Dekalogs „Du sollst nicht stehlen“, das ursprünglich als Verhaltensnorm unter den Bedingungen der Herausbildung eines Stammesverbandes der alten Hebräer gedacht war, schützte in den späteren Ausbeuterordnungen und unter den Bedingungen des Staatskirchentums vor allem das Privateigentum der Herrenschicht vor den Zugriffen der Ärmsten der Armen. Heute macht das Gebot in der Weise einen Funktionswandel durch, daß es das Gemeineigentum (an dem alle Bürger Anteil haben) ebenso schützt wie das persönliche, durch Arbeit erworbene Eigentum werktätiger Menschen.

<sup>15</sup> Vgl. Gerd Fesser, Luthers Stellung zur Obrigkeit, vornehmlich im Zeitraum von 1525 bis 1535, in: 450 Jahre Reformation, hrsg. von Leo Stern und Max Steinmetz, Berlin, 1967, S. 146–156

Damit ergibt sich aber eine weitgehende Konformität von christlichen und gesellschaftlich notwendigen Grundsätzen, wie sie in den Ausbeutergesellschaften unmöglich ist. Und diese Konformität stellt die Christen mitten hinein in die gemeinsamen Anstrengungen aller derjenigen Bürger, die, ungeachtet religiöser oder weltanschaulicher Differenzierungen, unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei für Frieden, Fortschritt und Sozialismus eintreten.

Früher haben die fortschrittlichen Christen oft in einem zwiespältigen Verhältnis zur Obrigkeit gestanden, das vor allem auch dann akut wurde, wenn die Regierungen verbrecherische Kriege mit dem Ziel der Unterdrückung anderer Nationen führten. Mit der Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung wurden die Voraussetzungen für eine Übereinstimmung von richtigen Einsichten und solchen Verhaltensweisen gegeben, die mit dem tieferen Sinn der Einzelgebote des Christentums wie auch mit der Forderung, den Nächsten zu lieben, in Einklang stehen.

Wir verschließen die Augen jedoch nicht vor der Tatsache, daß damit noch keineswegs individuelles Versagen sowie auch falsches kollektives Verhalten ausgeschaltet wären. Das Programm der Sozialistischen Einheitspartei geht davon aus, daß noch ein harter Kampf geführt werden muß, um in sämtlichen Bereichen des persönlichen und des gesellschaftlichen Lebens die geltenden ethischen Normen durchzusetzen. In dem Abschnitt „Die sozialistische Lebensweise“ heißt es:

„Die sozialistische Lebensweise ist geprägt von aktiver Teilnahme an der Leitung und Lösung der gesellschaftlichen Angelegenheiten. Die Beziehungen zwischen den Menschen in der sozialistischen Gesellschaft, in der alle Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt sind und das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln die Vorherrschaft gewonnen hat, sind Beziehungen wahrer Gleichberechtigung, Freiheit und sozialer Sicherheit. Damit werden zunehmend günstigere Bedingungen für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft geschaffen. Anliegen der sozialistischen Gesellschaft ist die Sorge für eine sinnvolle Arbeit, für Bildung, Kultur, Gesundheit, Erholung sowie Sicherheit im Alter. Das alles setzt voraus, daß jedes Mitglied der Gesellschaft aktiv am sozialistischen Aufbau mitwirkt und dabei bewußt Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft übernimmt.“<sup>16</sup>

<sup>16</sup> Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, a. a. O., S. 53 f.

Mit anderen Worten gesagt, heißt das: Die sozialistische Gesellschaft kann sich als solche nur weiterentwickeln als feste Gemeinschaft von Menschen, deren gemeinsames Interesse sich in weitgehender Übereinstimmung mit ihren persönlichen Neigungen auf die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Belange richtet. Nachdem durch revolutionäre Veränderung der Verhältnisse das Wettstreiten freier werktätiger Menschen um die bestmögliche Lösung aller gesellschaftlichen Aufgaben an die Stelle des Konkurrenzkampfes und der mit ihm stets verbundenen Existenzangst getreten ist, spielen das bewußte Gestalten der Gesellschaft, die bewußte Anwendung erkannter Gesetzmäßigkeiten in Ökonomie, Politik und den anderen öffentlichen Bereichen eine hervorragende Rolle. Damit kommt naturgemäß auch der ausgeprägten und vielseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit eine entscheidende Bedeutung zu.

Den zuweilen gebrauchten, aber historisch recht belasteten Begriff der „christlichen Persönlichkeit“ möchten wir (so sehr er in bestimmten Sachbezügen am Platz sein mag) zur Bestimmung des Ortes christlicher Bürger in diesem Zusammenhang nicht anwenden. Trotzdem werden überall da, wo in dem Entwurf eines perspektivischen Bildes der Gesellschaft hohe Persönlichkeitswerte in Ansatz gebracht werden müssen, um die menschlichen Beziehungen im Sozialismus zu gestalten und sie weiter zu vervollkommen, von Christen auch solche Eigenschaften, die in ihrer Ethik an erster Stelle stehen, wie Nächstenliebe, selbstlose Hingabe, Güte, Altruismus usw., mit einbezogen werden können. Allerdings wird man dies im Hinblick auf die einst engen Bindungen der kirchlichen Institutionen an die ehemals herrschenden Klassen nicht unkritisch tun dürfen. Dabei setzen wir als selbstverständlich voraus, daß das kritische Moment, das wir meinen, nicht das der „kritischen Distanz“ gegenüber dem gesellschaftlichen Geschehen ist, sondern explizit das einer selbstkritischen Betrachtungsweise der eigenen Vergangenheit und des eigenen Standorts.

#### **Die aktive Auseinandersetzung mit bürgerlicher Ideologie als Hilfe zur Standortfindung von Christen im Sozialismus**

Eine den Bedingungen des Sozialismus adäquate Entwicklungschance für die freie Persönlichkeit gibt es im Kapitalismus nicht. Die ungesicherte soziale Situation arbeitender Menschen in der BRD bedeutet, daß der Durchschnittsbürger zwar gewisse Scheinfreiheiten genießt, in Wirklichkeit aber die Arbeiter, Angestellten und Intellektuellen infolge der Krisen-

anfälligkeit der Wirtschaft, der völlig unzureichenden Bildungsmöglichkeiten, der fehlenden Berufschancen für einen großen Teil der heranwachsenden Jugend und nicht zuletzt der ständig drohenden Arbeitslosigkeit für viele Berufszweige ständig gezwungen sind, sich anzupassen und sich manipulieren zu lassen.

Die breite Masse existiert dort faktisch in der Abhängigkeit von wirtschaftlichen und politischen Faktoren, die den Arbeitsmarkt und den Konsum aller lebenswichtigen Güter bestimmen. Hinzu kommt, daß die den Markt beherrschenden Monopole in der Lage sind, die Konsumtion ideeller Güter, wie Kunst und Wissenschaft, zu manipulieren und den Geschmack der Verbraucher weitgehend durch Standardware, Pornographie und Klischees zu verbilden. Daß bestimmte künstlich hochgeschraubte Erwartungen in bezug auf den Lebensstandard und den Verbrauch hochwertiger, industriemäßig hergestellter Güter des täglichen Bedarfs nur noch aufrechterhalten werden können durch schamlose Ausnutzung sogenannter Gastarbeiter und durch Kapitalexport in ökonomisch abhängige Entwicklungsländer, sei hier nur der Vollständigkeit halber vermerkt.

Alle die hier aufgezählten Anzeichen einer fortschreitenden Monopolisierung einerseits und wachsender Abhängigkeit andererseits rufen zwar bei weiten Teilen der Betroffenen Protestreaktionen hervor, erzeugen aber bei denen, die in der Lage sind, ihre Existenzweise den vorgeschriebenen Standards entsprechen zu lassen, eine weitgehende Anpassungswilligkeit, die sich mit dem Verzicht auf eine freie Meinungsäußerung verbindet. Während die latente Unzufriedenheit innenpolitisch durch einen alle Lebensbereiche erfassenden Dirigismus der Meinungsbildung und der staatsbürgerlichen Verhaltensnormen mit politischen Slogans wie „demokratischer Sozialismus“, „demokratische Freiheit“, „Pluralität der Meinungen“ usw. abgefangen wird, verstärkt der Imperialismus gleichzeitig seine ideologischen Subversionsversuche im Hinblick auf die sozialistischen Staaten.

Diese Versuche verdichten sich in dem gleichen Maße, in dem die perspektivische Überlegenheit des Sozialismus auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft sowie deren praktischer Anwendung bis hin zur Bewältigung der ökologischen Probleme sichtbar wird. Denn während der Sozialismus die Grundprobleme der Entwicklung immer erfolgreicher löst, weil er von einer einheitlichen, wissenschaftlich begründeten theoretischen Grundkonzeption ausgeht, muß die Monopolbourgeoisie immer neue Konzeptionen finden, um angesichts der allgemeinen Krise konkurrenzfähig zu bleiben und um das Denken der Men-

schen in einer Zeit der Unsicherheit und der um sich greifenden Existenzangst zugunsten des Großkapitals zu beeinflussen.

Dabei spielen solche Konzeptionen des Revisionismus wie der „Neomarxismus“, die „Marxologie“ (sogenannte Frankfurter Schule) und der Sozialreformismus eine Rolle. Die Gefährlichkeit solcher Konzepte besteht vor allem darin, daß ihre rückschrittliche Position nicht immer sofort durchschaubar ist. E. Fromm und V. Wrona schreiben zu diesem Problem in der theoretischen Zeitschrift „Einheit“: „Im Sozialreformismus stehen Forderungen nach mehr Demokratie und umfassender Mitbestimmung der Werktätigen in trauter Gemeinsamkeit mit der Befürwortung der imperialistischen Staatsmacht. Da wird die Verwirklichung von mehr sozialer Gerechtigkeit mit dem privatkapitalistischen Eigentum verknüpft und in einen Zusammenhang mit einer angeblich sozialen Funktion des kapitalistischen Staates bei der Umverteilung des Nationaleinkommens gebracht... Die imperialistischen Ideologen machen faktisch aus der Not eine Tugend. Durch den Sozialismus in die Defensive gedrängt und auf Grund der Krise des eigenen Systems unfähig, eine glaubwürdige ‚neue‘ gesellschaftliche Alternative zu entwerfen, greifen sie in zunehmendem Maße auf eine offene Apologie des Kapitalismus zurück.“<sup>17</sup>

Die alte These, daß Freiheit und Privateigentum (an den Produktionsmitteln) unabdingbar zusammengehören, wird heute in den kapitalistischen Ländern wieder verbreitet. Auch die erneut erhobene Forderung nach „Staatsautorität“ wird in die Waagschale geworfen. Nun sind auch wir daran interessiert, daß in unserem sozialistischen Staat Ordnung und Sicherheit gewährleistet sind; aber wir gehen von einer anderen Fragestellung aus. Wir brauchen Ordnung und Sicherheit nicht, um die Fabrikanlagen und das Eigentum der Konzernherren zu schützen, sondern damit unseren Bürgern eine friedliche und sorgenfreie Existenz gewährleistet ist. Wir brauchen Ordnung und Sicherheit, um den von den Werktätigen geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum und unsere sozialistischen Errungenschaften gegen die Zugriffe von Saboteuren verteidigen zu können. Im Westen wird die im öffentlichen Leben um sich greifende Kriminalität dagegen agitatorisch genutzt, um unter dem Deckmantel des Rufes nach mehr Sicherheit eine Wende zum Konservatismus einzuleiten.<sup>18</sup>

Der in der BRD durch die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes einerseits und die Jagd nach dem Profit anderer-

<sup>17</sup> Eberhard Fromm / Vera Wrona, Entwicklungstendenzen in der bürgerlichen Ideologie, in: Einheit, 31. Jg. 1976, H. 3, S. 372-380; Zitat a. S. 378

<sup>18</sup> a. a. O., S. 379

seits hervorgerufene Leistungsdruck im Arbeitsleben wird in der politischen Agitation fälschlicherweise als allgemeines Merkmal des wissenschaftlich-technischen Fortschritts hingestellt. Sozialistischer Wettbewerb und Ringen um die größtmögliche Planerfüllung und -übererfüllung werden auf eine Ebene mit den von den kapitalistischen Unternehmern angewandten Druckmitteln gestellt. Daß sich jedoch im Sozialismus/Kommunismus keine „Leistungsgesellschaft“ herausgebildet hat und auch nicht herausbilden kann, hat Gerald Götting im Februar 1977 in Burgscheidungen vor Funktionären unserer Partei ausgeführt. Er sagte u. a.: „Grundlegend unterscheidet sich unsere sozialistische Gesellschaft von dem, was im Kapitalismus als ‚Leistungsgesellschaft‘ bezeichnet wird. Während dort die Ergebnisse höherer Leistung der arbeitenden Menschen dem Kapital zufließen, kommen sie unter unseren Verhältnissen dem Volke zugute.“<sup>19</sup>

Hierzu kommt noch als sehr wesentliches Moment, daß die von den Werktätigen erbrachten Leistungen auch den nicht voll oder nicht mehr Arbeitsfähigen, den Invaliden und den Kranken zugute kommen. Nach den Bestimmungen unseres Arbeitsgesetzbuches sind heute die Betriebe verpflichtet, ältere oder behinderte Werktätige entsprechend ihrem verminderten Leistungsvermögen einzusetzen oder sie so umzusetzen, daß für sie weder gesundheitliche Schäden noch materielle Einbußen entstehen können. Über die gesellschaftlichen Fonds fließen darüber hinaus beträchtliche Mittel solchen Einrichtungen zu, in denen geistig und körperlich Behinderte ein sorgenfreies Leben führen und ärztliche Betreuung sowie alle nötige Fürsorge genießen können. Das letztere gilt auch für die zahlreichen kirchlichen karitativen Einrichtungen, in denen das christliche Charisma der Betreuer (Pflegepersonal, Schwestern, Pädagogen usw.) und die materielle Unterstützung durch den Staat eine bestmögliche Einheit bilden, um so die Pflege und Betreuung nach medizinischen, pädagogischen und ethisch-moralischen Gesichtspunkten zu optimieren.

Wir Mitglieder der CDU unterstützen und fördern derartige Maßnahmen ganz entschieden. Wir sehen daran, wie jeder einzelne in den Prozeß des Wachstums des gesellschaftlichen Reichtums und aller ideellen Güter der werdenden sozialistischen Nation einbezogen ist und daß auch jeder seinem individuellen Können gemäß diesen Prozeß fördern kann. Der wesentliche Faktor ist dabei die produktive, nützliche Arbeit, die grund-

<sup>19</sup> Gerald Götting, Wirken für die entwickelte sozialistische Gesellschaft - Bewährung im Dienst am Mitmenschen und am Frieden, in: Neue Zeit vom 23. 2. 1977, S. 3

legend ist für die Gemeinschaftsbeziehungen und die auch den mitträgt und mitfördert, der selbst nicht imstande ist, an der Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums mitzuarbeiten.

Wolfgang Heyl sagte Ende des Jahres 1976 auf der XVII. Sitzung des Hauptvorstandes: „Angesichts des kommunistischen Charakters der Arbeit und der kommunistischen Einstellung zu ihr werden wir gewiß sagen dürfen: Was christliches Arbeitsethos aussagt, nämlich, daß Arbeit Teil des Menschseins sein soll; daß sie gemeinschaftsfördernd sein soll; daß sie als Dienst am Nächsten zu verstehen ist; daß sie ein Mittel sein soll, sich die Erde untertan zu machen; daß sie Würde besitzt – hier in unserer sozialistischen Ordnung und mehr noch im Kommunismus wird all dem entsprochen.“<sup>20</sup>

Voll und ganz entspricht die hier dargelegte Haltung unserer Partei dem, was Otto Nuschke schon 1952 in seiner Rede auf dem 6. Parteitag der CDU ausführte: „Mit dem Sozialismus wird der von Gott geschaffene Mensch mit seinen echten und natürlichen Bedürfnissen wieder im Mittelpunkt aller gesellschaftlichen Arbeit stehen.“ Otto Nuschke begründete in diesem Zusammenhang auch ausführlich, weshalb wir als Christen für den Sozialismus eintreten (und zwar nicht für irgendeinen utopischen oder gar „christlichen“ Sozialismus, sondern für den theoretisch von den Klassikern des Marxismus-Leninismus begründeten Sozialismus). Er sagte unter anderem: „Wir sind für den Sozialismus, weil er die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt und jeder Begabung und Fähigkeit den Weg zur vollen Entfaltung frei macht.“<sup>21</sup>

Nuschkes Worte haben von ihrer damaligen Aktualität nichts eingebüßt. Vor allem diese letztere Spezifik des Sozialismus/Kommunismus bedingt es, daß eine angebliche Konvergenz der beiden antagonistischen Systeme – Kapitalismus/Imperialismus auf der einen und Sozialismus/Kommunismus auf der anderen Seite – ausgeschlossen ist. Die Ideologen des Imperialismus erfinden allerdings immer neue Argumente, um die Notwendigkeit einer gesetzmäßigen Entwicklung zum Sozialismus hin zu negieren. Tinbergen, Rostow, Galbraith und eine Reihe anderer Theoretiker des kapitalistischen Lagers behaupten, daß die friedliche Koexistenz der Systeme die Konvergenz der ökonomischen Verhältnisse inkludiere.

<sup>20</sup> Wolfgang Heyl, Die Dialektik von Sozialismus und Kommunismus stets beachten, in: Mit neuen Initiativen zur umfassenden Mitgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bereiten wir den 14. Parteitag vor. Bericht über die XVII. Tagung des Hauptvorstandes (Broschüre), S. 59–69; Zitat a. S. 57

<sup>21</sup> Otto Nuschke, Mahnung und Beispiel, Reden und Aufsätze aus den Jahren 1951 bis 1957; vgl. dort die auf dem 6. Parteitag gehaltene Rede, S. 78–91; Zitate a. S. 87

Géza Ripp stellt hierzu in seiner Arbeit „Politische Ökonomie und Ideologie“ fest: „Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war ein Hauptargument der meisten bürgerlichen Ideologen gegen die Verwirklichung des Sozialismus in der Sowjetunion, daß dieser auf dem niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte nicht lebensfähig sei. Heute behaupten die Vertreter der Industriegesellschaft interessanterweise, daß der Sozialismus eben wegen des hohen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte seinen Sinn verloren habe.“

Nach Meinung der Konvergenztheoretiker bedeutet friedliche Koexistenz die Angleichung der industriellen Systeme, wobei fälschlicherweise vorausgesetzt wird, daß es einen Automatismus der industriellen Weiterentwicklung gebe, der sich unabhängig von den Unterschieden der Gesellschaftsordnungen vollziehe. Die Enteignung der Monopolkapitalisten ist angeblich überflüssig, weil das Privateigentum an den Produktionsmitteln nur „formal“ (so Jan Tinbergen) zu verstehen sei, während sich die Wirtschaftsweise und die Tendenzen in der Verteilung des Endprodukts immer mehr angleichen.<sup>22</sup>

Allerdings übersehen diese Theoretiker geflissentlich die Auswirkungen des monopolistischen Eigentums, die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft, die steigende Arbeitslosigkeit, die tiefgehenden sozialen Unterschiede, die Verurteilung der großen Masse der arbeitenden Menschen zur politischen und ökonomischen Unmündigkeit, ihre „Entfremdung“ von ihrer Arbeit und deren Produkten, die Tendenz, nicht nur die eigenen Arbeiter, Angestellten und Intellektuellen, sondern auch die Gastarbeiter, die zudem unter entwürdigenden Bedingungen leben müssen, schamlos auszubeuten, den Trend, andere Nationen zu unterdrücken, sie durch Kapitalexport in ökonomische Anhängigkeit zu bringen, Aggressionskriege zu führen und dergleichen mehr.

Auf der anderen Seite können wir feststellen: Es ergeben sich „die wesentlichen Charakterzüge der sozialistischen Lebensweise vor allem aus der Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums, der Überwindung der antagonistischen Klassenunterschiede, der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht, der Durchsetzung der sozialistischen Demokratie, der Brechung des Bildungsprivilegs, der Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau...“ bis hin zur proletarischen Solidarität und dem sozialistischen Internationalismus

<sup>22</sup> Géza Ripp, Politische Ökonomie und Ideologie, Berlin, 1974 (= Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, hrsg. von Manfred Buhr, 45), S. 85 ff.; Zitat a. S. 85

(so der tschechoslowakische Philosoph und Soziologe J. Filipec).<sup>23</sup>

Wir erleben es bei uns täglich, wie sich unter den veränderten Bedingungen schrittweise die Einstellung der Menschen zur Arbeit verändert. Das *movens agens* für gute und einwandfreie Arbeit ist nicht der Kampf um den Arbeitsplatz und die bloße Existenzsicherung bei den einen und der Konkurrenzkampf bei den anderen, sondern der freie Wettbewerb, das Interesse am Beruf, die Freude am Können und das Bewußtsein, mit der eigenen Arbeit das Lebensniveau aller kontinuierlich erhöhen zu helfen. In den sozialistischen Betrieben entwickelt sich ein sozialistisches Eigentümergefühl, verbunden mit einem hohen Maß an persönlicher Verantwortung.

Es zeigt sich, daß mehr und mehr der Unterschied von körperlicher und geistiger Tätigkeit überbrückt wird, daß auch eintönige Arbeit so organisiert werden kann, daß der gesamte Fertigungsprozeß übersehen und der eigene Anteil daran demzufolge interessanter wird. Die moderne Technik schafft darüber hinaus immer neue Möglichkeiten, Arbeitsvorgänge so zu gestalten, daß jeweils mehrere Teilvorgänge zu neuen Einheiten verbunden werden, um Monotonie weitgehend auszuschalten.

Die äußere Anlage des Arbeitsplatzes, seine Zweckmäßigkeit, seine Gestaltung nach ästhetischen Gesichtspunkten, kann – und zwar weitgehend durch eigene Initiative der Werk tätigen – so erfolgen, daß die Arbeitsfreude erhöht und das Gefühl, im Betrieb „heimisch“ zu sein, geweckt werden. Kollegialität und Kollektivität treten immer stärker an die Stelle des früheren Berufsegoismus, der den eigenen Arbeits- und Kenntnisbereich möglichst zu einer Domäne eines seine „Berufsgeheimnisse“ hütenden Karrieristen machte.

Das alles muß selbstverständlich in Einheit mit der Hauptaufgabe und dem sozialpolitischen Programm unseres Staates gesehen werden. Inhalt und Zielstellung unserer zu einer Einheit verbundenen Wirtschafts- und Sozialpolitik sind auf die Schaffung eines neuen Menschentyps, des im Kommunismus lebenden freien, mit hohen Persönlichkeitswerten ausgestatteten Menschen gerichtet. Deshalb ist es ein unabdingbares Anliegen unserer Politik, die Schaffensfreude und schöpferische Leistungsfähigkeit der arbeitenden Menschen zu fördern. Nur der Sozialismus „ist in der Lage, einen Produzententyp hervorzubringen, der ein hohes Kulturniveau, eine hohe Allgemeinbildung, eine qualifizierte Berufsausbildung besitzt und letzt-

<sup>23</sup> Jindřich Filipec, Die Lebensweise im gegenwärtigen ideologischen Kampf, Berlin 1976 (= Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, 72), S. 91

lich zu einer allgemeinen gesellschaftlichen Erscheinung wird“ (Fieber/Reichelt in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie).<sup>24</sup>

Eine solche Konzeption bedeutet keinesfalls das Streben nach „Einheitstypen“, die sich in ihren Interessengebieten und Neigungen kaum noch voneinander unterscheiden. Vielmehr bedeutet der hohe allgemeine Bildungsgrad, bedeuten die Beseitigung tiefer sozialer Unterschiede und die Schaffung weitgehend gleicher Chancen von der ökonomischen Basis her im Endergebnis, wie die marxistisch-leninistischen Philosophen heute mit Sicherheit schon in theoretischer Erkenntnis künftiger Lebenspraxis prognostizieren, das Entstehen einer „mehrdimensionale(n) Struktur“ in soziologischer Hinsicht, die außerordentlich differenziert ist (Schröder/Welskopf unter Bezugnahme auf den sowjetischen Wissenschaftler Kossolapow in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie).<sup>25</sup> Im Hinblick auf Dahrendorf und andere bürgerliche Theoretiker wenden sich die marxistisch-leninistischen Philosophen Schröder und Welskopf gegen die verleumderische Behauptung, der Sozialismus/Kommunismus führe zu einer Nivellierung und intendiere eine Beseitigung individueller Verschiedenheiten. Demgegenüber stellen sie fest: „Gerade die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ermöglicht die volle Entfaltung individueller Fähigkeiten.“<sup>26</sup>

Das eben glauben wir gezeigt zu haben und auch, daß die „Tendenz zur Mehrung des Anteils der schöpferischen und verantwortungsvollen Arbeit (im Gegensatz zur monotonen, unüberschaubaren Arbeit – I. B.) ... ein wesentliche(s) Merkmal“ des gesamten Entwicklungsprozesses in unserer Gesellschaftsordnung ist.<sup>27</sup> Diese Tendenz ist sogar ein charakteristisches Merkmal der sozialistischen Produktionsweise, weil die Spontanität der Wirkungsweise ökonomischer und anderer in der Gesellschaft bestehender Gesetzmäßigkeiten abgelöst wird durch eine zunehmende Bedeutung des subjektiven Faktors, das heißt durch die bewußte Gestaltung der Lebensprozesse durch kollektiv handelnde und persönliche Verantwortung übernehmende, schöpferisch tätige Menschen.

<sup>24</sup> Hans-Joachim Fieber/Franz Reichelt, Die Annäherung der Klassen und Schichten – sozialpolitische Gesetzmäßigkeit des Sozialismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 24. Jg. 1976, H. 11, S. 1326–1335; Zitat a. S. 1332

<sup>25</sup> Fritz-Helmut Schröder und Rudolf Welskopf, Aspekte der Dialektik von sozialer Einheitlichkeit und Differenziertheit in der sozialistischen Gesellschaft, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 24. Jg. 1976, H. 9, S. 1069–1078; Zitat a. S. 1070

<sup>26</sup> a. a. O., S. 1075

<sup>27</sup> ebd.

Wir übersehen durchaus nicht, daß es heute in den modernen kapitalistischen Industriestaaten zahlreiche Bestrebungen gibt, das Arbeitsleben, wie man dort gern sagt, zu „humanisieren“, Erleichterungen einzuführen, die sozialen Bedingungen zu verbessern. Aber die Gesellschaftsordnung selbst setzt solchen Bestrebungen Grenzen. Das zur Erhaltung des Systems und zur Sicherung der Interessen der Monopolherren notwendige, ja deren ökonomische Existenz überhaupt erst bedingende Profitstreben determiniert die Durchführung von Arbeitererleichterungen und sozialen Errungenschaften.

Gegenwärtig hat die allgemeine Krise des Kapitalismus außerdem eine Situation hervorgebracht, die der Bewältigung einer ganzen Reihe von Einzelproblemen Schranken setzt. Es breitet sich allmählich so etwas wie eine Katastrophenstimmung aus, die im Zusammenhang steht mit bestimmten Voraussagen über die Abnahme der Rohstoffreserven, über die Bedrohung des Lebens der Menschen durch einen zunehmenden Grad der Verschmutzung des Wassers und der Luft, d. h. der natürlichen Lebensbedingungen, durch industrielle Abwässer, Abgase und andere aus der industriellen Produktion stammende, die natürliche Umwelt des Menschen verpestende Schmutzstoffe. Harald Lange schrieb zu diesem Problem in der „Einheit“:

„In der ersten Hälfte der siebziger Jahre, als sich die allgemeine Krise des Kapitalismus weiter verschärfte und er in seine bisher schwerste Nachkriegskrise eintrat, rückte eine neue Betrachtungsweise der Weltentwicklung in das Licht der Öffentlichkeit.“ Das geschah dergestalt, daß der „Club of Rome“ 1972 das Nullwachstum der Wirtschaft zu propagieren und als unumgänglich zur Katastrophenverhütung hinzustellen begann. „Die Voraussagen über die baldige Erschöpfung der Rohstoffvorräte auf der Erde, über die Verschmutzung von Luft und Wasser, über die absehbare Zerstörung der gesamten Lebenssphäre der Menschen – natürlich in West und Ost, unabhängig von jeder gesellschaftlichen Ordnung – häuften sich.“ Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum und Beschränkung des individuellen Konsums wird in dieser Konzeption als einzig mögliche Rettung angepriesen.

Dagegen läßt die „konstante Entwicklung des realen Sozialismus, die Tatsache, daß er weder Arbeitslosigkeit noch Inflation kennt, daß er den Umwelt- und Rohstoffproblemen erfolgreich zu Leibe rückt, ... immer deutlicher werden, daß in entgegengesetzten sozialökonomischen Systemen sehr wohl unterschiedliche Voraussetzungen zur Bewältigung der Zukunft vorhanden sind“. Angesichts der nicht länger zu verschweigenden und hinsichtlich der guten Perspektive nicht zu

leugnenden Überlegenheit des Sozialismus revidierte der Club of Rome im Jahre 1974 selbst seine Auffassungen, um nicht durch die unpopuläre Forderung des Konsumverzichts die Massen der Bevölkerung kommunistischen Ansichten in die Arme zu treiben. Er reduzierte seine Forderung nunmehr darauf, anstelle des Nullwachstums ein „ausgewogenes Wachstum“ als zweckentsprechend hinzustellen.<sup>28</sup>

Wir erkennen aber, daß derartige Konzeptionen letztendlich im Hinblick auf die bürgerliche Ideologie apogetischen Charakter besitzen: Das kapitalistische System als solches soll in seiner höchsten Ausprägung, dem Imperialismus, unter allen Umständen erhalten und stabilisiert werden. Der Kampf geht ununterbrochen weiter. Die Ausweglosigkeit der Bemühungen bürgerlicher Politiker und Ideologen spiegelt sich in der alltäglichen Praxis wider. Während die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften angesichts der inflationistischen Preissteigerungen nachdrücklich die Erhöhung des Reallohns fordern, erfinden die Ideologen immer neue Konzeptionen, um den benachteiligten Bevölkerungskreisen die Auswirkungen der Krise schmackhaft zu machen. So wird heute vielfach von der „Qualität des Lebens“, einer Kategorie, die besonders in der SPD-Politik seit einigen Jahren eine Rolle spielt und die dazu dienen soll, von der ständigen Verteuerung des materiellen Konsums auf angebliche ideelle Werte abzulenken, gesprochen.

Für sich genommen, erscheinen einzelne Sätze aus dem Konzept der SPD-Politiker sogar richtig. Zum Beispiel, wenn im SPD-Wahlprogramm gesagt wird: „Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard ... Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zu Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zu Mitbestimmung und Mitverantwortung, zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit, zu Spiel und Zusammenleben, zur Teilhabe an der Natur und den Werten der Kultur, die Chance gesund zu bleiben oder zu werden ...“<sup>29</sup> Hier liegt die Erkenntnis zugrunde, daß zur Reproduktion der Arbeitskraft der materielle Konsum nicht mehr ausreichend ist.

Wie aber, wenn trotz zielgerichteter Versuche, ideelle Bedürfnisse zu wecken und zu befriedigen, die Arbeitskraft im Kapitalismus doch eine „Ware“ bleibt und wenn der arbeitende Mensch nicht über sich selbst, seine Arbeit, deren Produkte und die Gestaltung des öffentlichen Lebens bestimmen kann und dies den Konzernherren, Aufsichtsräten und deren Handlan-

<sup>28</sup> Harald Lange, Kapitalismus – Gesellschaft ohne Zukunft, in: Einheit, 32. Jg. 1977, H. 1, S. 8–10; Zitat a. S. 9 f.

<sup>29</sup> Hermann Grosse / Manfred Puschmann, „Qualität des Lebens“. Ausweg oder Irreführung?, Berlin 1974, S. 98, s. dort auch Anm. 2

gern in Politik und Regierung vorbehalten bleibt? Daß zur Sinngebung des Lebens auch Bildungsmöglichkeiten, Kultur, eine gepflegte Umwelt, Gesundheitspflege und andere Faktoren gehören, ist im Sozialismus längst nicht nur erkannt, sondern als integrierender Bestandteil sozialpolitischer Programmierung in die Realität umgesetzt worden.<sup>30</sup>

Erzeugung von Lebensqualität bleibt unter monopolkapitalistischen Verhältnissen ein demagogisches Schlagwort, das nur andere Demagogien, wie zum Beispiel das zeitweilig in der katholischen Soziallehre gebrauchte Schlagwort von einer angeblich möglichen „Entproletarisierung des Proletariats“, sowie weitere Vernebelungsversuche, die den Klassenkampf zugunsten der Monopolbourgeoisie entscheiden sollen, ablöst.

Christen sind, da sie im Hinblick auf das diesseitige Leben Realisten sind, solchen Schlagworten wie etwa „Lebensqualität“ gegenüber skeptisch. Auch die dahinter stehende Tendenz, auf geistige „Werte“ zu verweisen, um vom materiellen Konsum abzulenken, ist für sie nicht zugkräftig. Sie wissen heute in der DDR, daß auch ideelle Bedürfnisse eng im Konnex mit der Erzeugung materieller Güter stehen, und sie sehen gerade in den Versuchen, aus der Frage des geistigen und des materiellen Konsums eine Alternativfrage zugunsten angeblicher ideeller Werte zu machen, eine Art von Pseudoreligion, die in die Irre führt.

### Schlußfolgerungen

Ziehen wir aus allem Gesagten und Gegenübergestellten die Konsequenz, so müssen wir erkennen, daß die einzige Möglichkeit sachgerechter Entscheidung die ist, sich der Klassenkampfsituation zu stellen und dabei auf der richtigen Seite zu stehen. Dazu ist es erforderlich, unsere Freunde und die große Zahl der parteilosen Christen so intensiv mit den Gesetzmäßigkeiten, die dem gesellschaftlichen Prozeß zugrunde liegen, vertraut zu machen, daß sie befähigt werden, allen Argumentationen, die den antagonistischen Charakter der beiden Weltssysteme negieren oder verharmlosen wollen, entgegenzutreten.

Christen müssen erkennen, daß die Interessen der Arbeiterklasse auch die aller anderen werktätigen Menschen, eingeschlossen kleine Gewerbetreibende und Handwerker, sind.

Sie müssen aber auch erkennen, daß diese Fragestellung nicht einzig und allein die bewährte Bündnispolitik (Bündnis in diesem Sinne ist immer ein Klassenbündnis!) tangiert, sondern daß mit ihr emotionale und ethische Faktoren, wie sie gerade bei Christen und dem ihren ureigenen Traditionen gemäßen Streben nach einer größtmöglichen sozialen Gerechtigkeit eine Rolle spielen, angesprochen werden.

Zwar steht für die wissenschaftliche historische und soziologische Forschung heute fest, daß man keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Christentum und Sozialismus (als wissenschaftlichem Sozialismus) herstellen kann, daß aber, wie der atheistische Philosoph Robert Steigerwald herausgearbeitet hat, der Christ von seinen spezifischen Voraussetzungen her Sozialist sein „kann“, während dagegen der Marxist auf Grund seiner objektiven Erkenntnissituation Sozialist sein „muß“.<sup>31</sup> Niemand hindert aber heute die Christen daran, sich wissenschaftliche Erkenntnisse von den gesellschaftlichen Zusammenhängen anzueignen, so wie sie niemand dazu zwingt, aus der richtigen Erkenntnis der wirkenden Gesetze eine atheistische Konsequenz zu ziehen.

Hier gilt vielmehr für alle Staatsbürger das, was H. Klotzsch schreibt: „Das Wissen um die gesellschaftlichen Zusammenhänge versetzt den einzelnen in die Lage, den eigenen Platz im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang, den des Kollegen und des Arbeitskollektivs richtig zu sehen.“<sup>32</sup>

Mit anderen Worten: die richtige Erkenntnis und eine daraus resultierende Einsicht in bestimmte Notwendigkeiten bringt eine Fülle von praktischen Schlußfolgerungen mit sich, die sich unmittelbar im Zusammenleben der Menschen, und zwar ausgehend vom richtigen Verhalten zur Arbeit und zum Mitarbeiter, auswirken. Marxistisch-leninistische Philosophen betonen heute, daß sich zwischen bürgerlichen Auffassungen über die Gesellschaft und den genuin christlichen Anschauungen ein tiefer Graben befindet.

Es ist für den Christen in unserer Gesellschaft beglückend, immer wieder zu erfahren, daß sie nicht als „Möchtegern-Sozialisten“ angesehen werden, die niemand ernst nimmt oder die eine Randexistenz führen müßten, sondern daß es viele Möglichkeiten der Kooperation und der Verständigung gibt. Das beschränkt sich nicht auf die offiziellen Beziehungen innerhalb des Demokratischen Blocks, auf das bewährte Miteinander

<sup>31</sup> Robert Steigerwald, *Marxismus – Religion – Gegenwart*, Berlin 1973 (= *Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie*, 32), S. 73 f.

<sup>32</sup> Helmut Klotzsch, *Die wachsende Rolle des sozialistischen Bewußtseins im Prozeß der Gestaltung des entwickelten Sozialismus*, in: *Einheit*, 31. Jg. 1976, H. 7, S. 756–762; Zitat a. S. 759

<sup>30</sup> vgl. Willi Girns, *Krise der bürgerlichen Ideologie und ideologischer Kampf in der BRD*, Berlin 1976 (= *Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie*, 76), S. 206 ff.

von SED und CDU (man denke an die Referate marxistischer Persönlichkeiten vor Mitgliedern und Funktionären unserer Partei auf Parteitagungen oder in Burgscheidungen), sondern die Tendenz unserer Politik ist darauf gerichtet, über die Nationale Front, die Gewerkschaften und die Massenorganisationen alle Christen in unsere zutiefst humane Gesellschaftsform zu integrieren.

So schreiben Sch mollack und Pillukat sehr treffend (und uns geradezu aus dem Herzen sprechend): „Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist Quelle des bürgerlichen Individualismus, produziert Individualismus und Egoismus, läßt das ‚Jeder ist sich selbst der Nächste‘ zum Prinzip der kapitalistischen Lebensweise werden.“<sup>33</sup> Die hier angesprochenen Prinzipien der bürgerlichen Gesellschaft sind einer christlichen Ethik genau entgegengesetzt. Dagegen gehen die im Sozialismus/Kommunismus angestrebten humanen Ziele konform mit der Lebensauffassung der Christen, mit ihrer altruistischen Denkweise.

Christen können in unserer Gesellschaftsordnung in wirklicher Freiheit ihre Pflichten und Rechte als Staatsbürger ausüben, weil diese in Übereinstimmung mit den Grundanliegen des christlichen Ethos stehen. Dabei begrüßen die Christen es, daß die verfassungsmäßig fixierte, grundsätzliche Trennung der Belange von Kirche und Staat weitgehende, beiderseitige, in früheren Zeiten in solcher Konsequenz niemals zum Tragen gebrachte Freiheiten gewährleistet. Der Staat, die Gesellschaft sind in ihren leitungsmäßigen Funktionen unabhängig von klerikaler Bevormundung, und ebenso sind die Kirchen völlig frei bezüglich ihrer bekenntnismäßigen Aussagen und ihrer zu verkündigenden Glaubensinhalte.

Eine derartige, im beiderseitigen Interesse notwendige Abgrenzung bedeutet indessen in keiner Weise das Aufgeben bestimmter, sich unmittelbar gesellschaftlich auswirkender Propria christlicher Liebestätigkeit – anders gesagt: der Umsetzung christlichen Charismas in eine institutionell gesicherte karitative Arbeit. Gesichert durch staatliche Unterstützungen, bestehen heute immer noch eine Vielzahl karitativer Einrichtungen, die von den in ihnen wirkenden Christen (Diakonissen, Diakone, Heilpädagogen und andere) nicht als eine Art Domäne, in der sie sich dem Staat und der „Welt“ gegenüber behaupten, betrachtet werden, sondern in denen sie, ihrem christlichen Auftrag folgend, deshalb gern und freudig arbeiten, weil

sie es für geboten und für notwendig halten. Viele von ihnen sind stolz darauf, mit dieser ihrer Tätigkeit der Gesellschaft insgesamt einen Dienst erweisen und den sozialistischen Staat in seinen humanen Zielsetzungen unterstützen zu können.

Die progressiven Christen wissen natürlich, daß in der Umsetzung dieses besonderen christlichen Charismas in die praktische Liebestätigkeit sich der Auftrag der Christen, Nächstenliebe zu üben, keineswegs erschöpft. Sie verstehen sich selbst als vollwertige Glieder der Gesellschaft, die ihnen in allen Bereichen des beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens breiten Raum bietet, aus der Motivation ihres Ethos heraus in der Nächstenliebe „weltlich“ zu handeln. Sie betrachten deshalb ihre christliche Existenz nicht als Sonderstellung, so wie sie auch die Verkündigung des „Reiches Gottes“ nicht im Sinne der Ausübung einer geistigen Herrschaft verstehen. Sie wissen, daß sie das „Salz der Erde“ sind, das nach dem Willen Jesu nicht die Welt richten, sondern mit dem Geist der Liebe durchdringen soll.

Keinesfalls darf es jemals dahin kommen, daß ein christliches „Ressortdenken“ entsteht, wonach beispielsweise eine Krankenpflegeeinrichtung etwa nur dann Stätte christlicher Liebe sein kann, wenn sie kirchlich institutionalisiert ist. Es wäre auch unsinnig zu behaupten, daß Christen nur dann christlich handeln, wenn sie fixiert sind auf innerkirchliche Aufgabenstellungen. Christen können an jedem Platz, an dem sie stehen, ihr Bestes für die sozialistische Gemeinschaft geben und in diesem Sinne auch ihr eigenes, welt- und praxisbezogenes Proprium wahren, wenn sie erkennen, daß sie in der ersten Gesellschaftsordnung leben dürfen, deren Grundprinzipien mit christlichem altruistischem Denken in Einklang stehen, und wenn sie sich immer wieder daran erinnern, daß nicht wenige Christen von Anfang an diese unsere sozialistische Ordnung mit aufgebaut haben.

<sup>33</sup> Jürgen Schmollack / Waldemar Pillukat, Kollektivität – ein Wesenszug sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen, in: *Einheit*, 31. Jg. 1976, H. 7, S. 763–774; Zitat a. S. 763



## Inhalt

Der Christ in der Gemeinschaft — seine grundsätzliche Einstellung zur Arbeit . . . . .	3
Die Christen und die Anforderungen der Arbeit, Moral und Lebensweise im Sozialismus/Kommunismus . . . . .	11
Die aktive Auseinandersetzung mit bürgerlicher Ideologie als Hilfe zur Standortfindung von Christen im Sozialismus	16
Schlußfolgerungen . . . . .	26

V-14-8 Ag 224/100/77 330